

**Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der  
Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung im Zusammenhang mit der  
Ernennung ehrenamtlicher Richter und Richterinnen der Behörde für Justiz und  
Verbraucherschutz**

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die

Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg  
Drehbahn 36  
20354 Hamburg  
Tel.: 040 42828-0  
Fax: 040 4273-13245  
Email: [poststelle@justiz.hamburg.de](mailto:poststelle@justiz.hamburg.de)

Der Datenschutzbeauftragte der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz ist erreichbar unter:

Drehbahn 36  
20354 Hamburg  
E-Mail: [jbdatenschutz@justiz.hamburg.de](mailto:jbdatenschutz@justiz.hamburg.de)

Ihre Daten werden für Zwecke der Ernennung oder Wiederernennung als Ehrenamtliche/r Richter/in oder Entbindung aus dem Amt in der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz verarbeitet. Eine Speicherung personenbezogener Daten erfolgt in Word- und Excel-Dateien sowie im elektronischen Archiv ELDORADO. Worddateien und Eintragungen in Exceldateien werden zeitweilig vorgehalten und in unregelmäßigen Abständen gelöscht. In ELDORADO erfolgt die Löschung gemäß den Aufbewahrungsbestimmungen der Aktenordnung der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) DSGVO, § 4 HmbDSG.

Ihre personenbezogenen Daten werden – wenn und soweit erforderlich - im Zuge des Verfahrens weitergegeben an

- die übrigen Beteiligten des Verfahrens im Rahmen des Erforderlichen (Landessozialgericht, Sozialgericht, Landesarbeitsgericht oder Arbeitsgericht)

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DS-GVO)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DS-GVO)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DS-GVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO).

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Hamburg kann vorgesehen sein, dass die nach der Datenschutz-Grundverordnung bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DS-GVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg).